

# Neue Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. (G. H.)

Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Er erscheint wöchentlich.  
Abonnementpreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-Nummer: 4117.

Herausgeber: **H. Gramm, Hamburg.** Verantwortlicher Redakteur: **Rich. Müller, Hamburg.**  
Anzerate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei **C. Jensen & Co.** in Hamburg, Raboissen 87 I., angenommen.

Anzerate für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholungen Rabatt. Für Stellenvermittlung 10 Pf. per Petitzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

### Zur heutigen Zeichen-Beilage.

Unsere heutige Beilage ist eine Holzdecke im deutlichen Renaissancestil aus dem 16. Jahrhundert. Fries und Kehlstöbe aus Eichenholz mit dunkleren Intarsien (Einlagen). Die Theilung der Decke ist, obgleich einfach gehalten, doch sehr originell und klar; die Zeichnung wird den Bau- wie auch Möbeltischlern von Nutzen sein.

Die Redaktion.

### „Nach uns die Sündfluth.“

Wahrhaftig! Wenn man das Verhalten der herrschenden Klassen, sowie der Regierungen bei uns wie in anderen Ländern, gegenüber der mit jedem Tage lauter an die morschen Thore der heutigen bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft pochenden sozialen Frage in's Auge faßt, wahrhaftig! dann möchte man glauben, sie Alle, die heute in Staat und Gesellschaft die Herrschenden sind, handelten nur nach dem Leitmotiv: „Nach uns die Sündfluth.“

Was ist denn bis heute zur Lösung der sozialen Frage, d. h. der Frage: wie der immer größer werdenden Ungleichheit in der Gütervertheilung zu begegnen ist, geschehen? Nicht viel mehr als nichts!

So lange von jener Seite das Vorhandensein einer sozialen Frage überhaupt geleugnet wurde, indem man das Immerreicherwerden Weniger und die Verarmung der Masse für den natürlichen Lauf der Dinge, für „göttliche Weltordnung“ erklärte, und das war bis vor weniger als zwei Jahrzehnten noch der Fall, so lange war es, wenn auch nicht zu billigen, so doch begreiflich und auch logisch, wenn man gesellschaftlichen Uebelständen nicht abzuhelfen suchte, deren Dasein man bestritt.

Nachdem aber durch die bekannte kaiserliche Botschaft vom November 1881 die Existenz dieser Uebelstände, die man gemeinhin soziale Frage nennt, nicht nur ausdrücklich anerkannt, sondern sogar für so brennend erklärt wurden, daß der Reichstag sich eine Mahnung zu fleißigerem Arbeiten gefallen lassen mußte, da, sollte man meinen, hätten nun auch wirklich Maßregeln ergriffen werden müssen, die wirklich geeignet waren, jene Uebelstände, wenn auch nur nach und nach, zu beseitigen.

Doch nichts von Alledem.

Zwar ist die in jener kaiserlichen Botschaft mit soviel Emphase angekündigte soziale Reform gekommen; es ist ein Kranken- und ein Unfallversicherungsgesetz geschaffen und vor kurzem auch noch als die „Krone“ der Sozialreform eine

Alters- und Invalidenversicherung. Alles zum Besten der Arbeiter.

Es ist nicht unsere Absicht, auf diese Gesetze hier des Näheren einzugehen, wie wir darüber denken, wissen unsere Leser. Die durch ihr bloßes Dasein zum Ausdruck kommende Nothwendigkeit solcher Gesetze ist das Beste, was an ihnen ist. Wir bleiben dabei, was wir schon öfters über die offizielle Sozialreform gesagt haben: Den Kernpunkt der sozialen Frage berührt sie nicht. Sie beschäftigt sich nur mit dem erkrankten, verunglückten, invaliden und altersschwachen Arbeiter und sorgt, besser gesagt, will dafür sorgen, daß dieser nicht zu hungern und zu darben braucht, um den gesunden, hungern den, weil arbeitslosen oder schlechtbezahlten, Arbeiter kümmert sie sich nicht. Gegen alle Forderungen, welche hierauf abzielten, also einen wirklichen Arbeiterschutz im Auge hatten, hat sich die Reichsregierung ablehnend verhalten. Ja noch mehr: durch ihre Zoll- und Steuerpolitik, wodurch die nothwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vertheuert worden einerseits, und andererseits durch politisch-reaktionäre Gesetze und Gesetzesauslegungen, die den Arbeitern zum großen Theil die Möglichkeit nehmen, sich durch Koalitionen in Etwas selbst zu helfen, ist auf die Lebenslage der Arbeiterklasse in eminentester Weise schädigend eingewirkt worden. Ist es da nicht natürlich, daß von einer Verbesserung des Arbeiterlooses und daraus resultirender Zufriedenheit mit demselben, die ja die Folge der Sozialreform sein sollten und wovon die offiziellen und Kartellblätter nicht genug zu faseln wissen, in Wirklichkeit noch nichts zu spüren ist?

Der beste Beweis für diese Behauptung sind ja die diesjährigen Massenstreiks.

Der größte Theil der Angehörigen der herrschenden Klassen lassen diesen Beweis allerdings nicht gelten. Nach deren Meinung entspringen die Streiks nicht aus der Noth der Arbeiter oder der auf Erkenntniß ihrer Klassenlage beruhenden Ueberzeugung, zur Förderung einer besseren Lebenslage berechtigt zu sein, sondern sind das künstliche Produkt „gewissenloser Agitatoren und Aufheker“.

Was ist da nun selbstverständlicher und logischer, als daß sich auch die zur Verhinderung der Streiks von jener Seite ergriffenen Maßregeln in erster Linie gegen die „Aufheker und Agitatoren“ richten und, statt mit wirksamen Arbeiterschutzgesetzen, mit Streikerlassen, Vereins- und Versammlungsbeschränkungen, Ausnahmegesetz und Kontraktbruchsgesetz gegen die Arbeitseinstellungen zu Felde ziehen.

Ja, selbstverständlich und logisch würde eine solche Bekämpfung der Streiks sein, wenn — nun wenn Jene, die diese Bekämpfung empfehlen und sich ihrer bedienen, auch wirklich davon überzeugt wären, daß die Arbeitseinstellungen lediglich durch „Verheuzungen“, „Auswiegelungen“ usw. entstehen.

Aber, wer ist wohl heute noch dieser Ueberzeugung? Wir behaupten, kein geistig gesunder, denkfähiger Mensch. Hätte wirklich noch Jemand dieser Ueberzeugung gelebt, der diesjährige Bergarbeiterstreik hätte sie zweifellos vernichtet. Allerdings haben die rheinisch-westfälischen Kohlenbarone und Grubenbesitzer auch heute noch die — wir hätten bald gesagt Frechheit — Stirn, durch ihre Organe, z. B. die „Rhein-Westf. Ztg.“, behaupten zu lassen, der Bergarbeiterstreik sei „von außen“ in die Bergbaureviere getragen worden. Auch die Dortmunder Handelskammer hatte die Kühnheit gehabt, dasselbe zu behaupten und in einer Eingabe an den Reichskanzler, statt Einigungsämter und sonstige Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter neue Strafgesetze, in erster Linie ein Kontraktbruchsgesetz, zu fordern.

Obgleich wir überzeugt sind, daß jene Behauptungen von dem „von außen“ hineingetragenen „Streik“ wider besseres Wissen gemacht werden, so nehmen sie uns doch ebensowenig Wunder, als wie sich andere Leute darüber wundern werden, die sich um öffentliche Dinge kümmern. Von Kapitalisten, Körperchaften, wie sie die meisten Handelskammern sind, ist eben nichts Anderes zu erwarten. Die Mitglieder dieser Kammern sind in der Regel selber Geldmännchen, die an ihren im Geldschrank trauenden Gott Mammon mit solcher Verehrung hängen, daß sie in der Auswahl der Mittel durchaus nicht wählerisch sind, welche diese ihrem Abgott, wenigstens so lange sie leben, vor Unbill zu schützen vermögen. Nach ihrem Tode mag die Sündfluth kommen.

Das Verlangen der Dortmunder Handelskammer nach krimineller Bestrafung des Kontraktbruches ist an sich zwar recht bezeichnend, hat aber im Uebrigen nicht viel zu bedeuten, da zwischen dem Wunsch einer Handelskammer und einem Gesetz eben immer noch ein kleiner Unterschied ist. Nichtsdestoweniger haben die deutschen Arbeiter doch alle Ursache, auf der Hut zu sein, wenn sie nicht eines schönen Tages mit einem wirklichen für und fertigen Kontraktbruchsgesetz überrascht sein wollen. „Gespült“ hat es in dieser Beziehung schon länger. Die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches war von jeher ein Lieblingswunsch der Zünftler und in jüngster Zeit ist diese Frage auch von der gesamten

offiziösen Presse erörtert worden. Auch erinnern wir daran, daß der Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede bekanntlich den Ausdruck that, es müßten Maßregeln getroffen werden, welche verhinderten, daß Deutschland nicht eines Tages ohne Kohlen sei.

Diese Maßregeln können zweierlei Art sein. Entweder es wird für Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter gesorgt, damit diese keine Ursache zum Streiken haben, oder es wird ihnen durch draconische Gesetze unmöglich gemacht.

Ob der erstere Weg beschritten wird, wie zu wünschen wäre? Wir bezweifeln es. Und zwar schon deshalb, weil, wie gelegentlich des vor kurzem stattgefundenen Streiks bekannt geworden ist, die Arbeiter in den dem Staate gehörigen Bergwerken um kein Jota besser, theilweise sogar noch schlechter daran sind, als in Gruben der Privatbesitzer. Uebrigens ist, nebenbei gesagt, fast in sämtlichen anderen Staatsbetrieben dasselbe der Fall. Folglich bleibt nur der zweite Weg übrig. Und in dieser Beziehung läßt die Stellung, welche die Regierung schon seither den Arbeitseinstellungen gegenüber eingenommen, das Schlimmste befürchten. Und da man ferner keine besonderen Ausnahmegeetze für die Bergarbeiter wird erlassen wollen und können, so ist eben zu befürchten, daß der gesamten deutschen Arbeiterschaft neue Zwangsgeetze in Aussicht stehen.

Die Sache liegt auch einfach. So lange eine Regierung sich nicht auf die breite Masse des Volkes stützt, sondern die Stütze ihrer Macht bei den besitzenden Klassen sucht, so lange wird sie diesen auch zu Willen sein müssen. Den treffendsten Beweis dafür hat ebenfalls der Bergarbeiterstreik erbracht.

Der Kaiser empfängt eine Deputation streikender Bergleute und verspricht dieser, ihre und ihrer Kameraden Klagen eingehend untersuchen zu lassen. Und als nun diese Untersuchung stattfinden soll, da weigern sich die Herren Grubenbesitzer und Kohlenbarone, den Untersuchungskommissionären die nöthige Auskunft zu geben und machen auch sonst allerhand Schwierigkeiten. Wer noch an die Möglichkeit eines sozialen Königthums geglaubt, dem dürfte dieser Glaube durch die Vorgänge, wie sie sich jetzt in Rheinland und Westfalen abspielen, arg erschüttert werden.

Für jeden Denkenden ergibt sich hieraus die Lehre, daß, wenn die Regierung wirklich ernstlich bestrebt ist, das Loos der Arbeiter zu verbessern, das nur geschehen kann, wenn sie mit diesen selber Hand in Hand geht. Bevor dies aber geschehen könnte, müßte sich gar manches ändern. Der Arbeiter wird nicht in eine Hand einschlagen, die unablässig eine Peitsche über ihm schwingt. Und daß diese Peitsche baldigt bei Seite gelegt wird, diese mannigfachen Aenderungen baldigt eintreten, das zu hoffen, sind wir nicht Optimist genug. Es sieht vielmehr zu erwarten, daß die Regierung auch bei ihren weiteren Maßnahmen gegen die Streikbewegung sich von dem Motiv leiten läßt: Nach uns die Sündfluth.

Die erste Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

begann am Sonntag früh 8 Uhr im königlichen Casino zu Berlin ihre Verhandlungen mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Berliner Vorkomitees, Herrn Köster. Derselbe betonte, daß es der Wunsch und die Pflicht der vor zwei Jahren in Dresden stattgefundenen Generalversammlung gewesen sei, das Stammlo-branchen der Gewerbetreibenden zu gestalten. Allgemein habe man geglaubt, das gewählte Ziel erreichen zu haben. Jedoch stelle sich das Bedauern neuer Aenderungen, durch Aenderungen und Anstellungen der Aufsichtsbehörden bedingt, heraus. Die Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung wurde zur Nothwendigkeit. Obgleich jetzt die Abgeordneten zur ordentlichen Generalversammlung berufen seien, so können demselben doch arbeitsreiche Tage bevor, um die Hindernisse zu beseitigen, welche der freien Entwicklung des Kampfes entgegenstehen, bezw. den noch zu erwartenden Gefahren gerätet begegnen zu können. Der Redner schloß, der

gemessene Ernst, welcher die Versammlung beherrschte, sowie die entschlossene Thakraft der ihm meist persönlich bekannten Abgeordneten bürgte dafür, daß die bevorstehenden Arbeiten nur zum Besten des Instituts beitragen würden. In diesem Sinne heiße er die Abgeordneten herzlich willkommen.

Der Vorsitzende der Kasse, Herr Blume, erklärte hierauf die erste Generalversammlung für eröffnet. Infolge der vorausgegangenen Ansprache verzichtete er auf eine solche, um sofort in die Tagesordnung eintreten zu können. Nach Verlesung derselben wird eine Mandatsprüfung, und eine Geschäftsordnungskommission gewählt. Die Wahl der Beschwerdekommision wird ausgesetzt, bis die ersteren beiden Bericht erstattet haben.

Auf Wunsch des Vorsitzenden beschließt die Generalversammlung, das Vorstandsmitglied Herrn Spethmann zur Auskunftserteilung in der Beschwerdekommision sowie zu sonstiger Beihilfe telegraphisch herbeizurufen. Die Verlesung der Präsenzliste, nach der die Generalversammlung aus 74 Abgeordneten bestehen soll, ergab die Anwesenheit von 71. Zwei fehlten und einer hat sein Mandat wegen begangener Unregelmäßigkeiten niederlegen müssen und die davon betroffene zwölfte Wahlabtheilung eine Neuwahl vorzunehmen.

Ein Antrag, die Schriftführer der Generalversammlung gegen Entschädigung der Zeiteräumnisse aus den Berliner Mitgliedern zu wählen, wird als gegen alles Herkommen und parlamentarischen Brauch gegen zwei Stimmen abgelehnt. Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

Die zweite Sitzung begann Nachmittags 3 1/2 Uhr. Fünf Abgeordnete fehlten bei Verlesung der Präsenzliste. Sämtliche 71 Mandate werden dem Kommissionsantrag gemäß für gültig erklärt.

Die von der Geschäftsordnungskommission ausgearbeitete Geschäftsordnung wird mit einigen Ergänzungsanträgen angenommen. Es erfolgt nunmehr die endgültige Konstituierung der Generalversammlung durch Wahl von zwei Nistenz-Vorsitzenden, zwölf Schriftführern, vier Führern der Rednerliste. Desgleichen wird eine fünfjährige Statutenrevisionskommission eingesetzt.

Die Wahl der Beschwerdekommision wird, um eine völlig unabhängige, von jedem Einfluß befreite Zusammenfassung zu garantiren, mittelst Stimmzettel gewählt. Derselbe besteht aus den Herren Rosenfengel, Schmidt, Debig, Bötel, Krug.

Bei Eintritt in die Berathung des dritten Punktes der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Ausschusses, des ersten Vorsitzenden, des ersten Hauptassistenten und der Stattenprüfungs-kommission, übernimmt Herr Ritter den Vorsitz.

Nach dem durch den Vorsitzenden des Ausschusses erstatteten Bericht sind in der letzten Geschäftsperiode 318 Streitfälle zu erledigen gewesen. Davon wurden in 137 Fällen die Beschwerdeführer abgewiesen, in 64 für begründet erachtet und die Vorstandsbeschlüsse aufgehoben, und in 111 Fällen wurde die Entscheidung des Vorstandes prinzipiell anerkannt, aber materiell anders entschieden.

Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden sind in der zweijährigen Geschäftsperiode beim Vorstand in Hamburg 37 50<sup>c</sup> Sendungen ein- und 21 831 ausgegangen. In dem Bericht wird weiter hervorgehoben, daß die in früheren Jahren so häufig vorgekommenen Belästigungen der Kasse durch die Krisikanten in letzter Zeit sehr nachgelassen haben und nur noch vereinzelte Prozesse schweben.

Die sich an diesen Bericht anknüpfende Debatte und die namentlich die Auslegung des Statuts zum Gegenstand hat, wird um 6 Uhr abgebrochen und auf die nächste dritte Sitzung vertagt.

Dieselbe wird am Montag früh 8 Uhr durch Herrn Franke eröffnet. Nach Verlesung und Nichtigstellung des Protokolls der ersten Sitzung wird die abgebrochene Debatte aus der vorigen Sitzung fortgesetzt. Das Resultat derselben ist, daß dem Vorstand die laut gewordenen Anträgen der Generalversammlung zur Beachtung empfohlen werden.

Nunmehr erfolgt die Verlesung des Kassenberichts des ersten Hauptassistenten Herrn Gramm. Der Stand der Mitgliederzahl, welcher durch verchiedene Prozesse in dem Jahre 1887 um circa 4000 zurückgegangen war, ist jetzt wieder auf 7300 gestiegen. Höchst interessant ist die natürliche Aufstellung des Berichts, welche sich auf die sechsjährige Periode 1879-89 erstreckt. Danach betrug die

Table with 2 columns: Einnahme and Ausgabe, with rows for years 1879-1888 and totals.

Die Gesamt-Einnahme betrug M. 7368743.41 Die Gesamt-Ausgabe betrug 6649595.63 Der Ueberschuß beträgt demnach M. 719147.78 Hierzu der am Schlusse des Jahres 1878 vorhandene Bestand 7150.26 Demnach betrug das Kassenvermögen ultimo 1888 M. 726298.04

Auf die Zahl der Mitglieder vertheilt, ergab sich folgendes Gesamtbild:

Table with 4 columns: Jahr, Mitgliederzahl, Vermögensstand, pro Mitglied.

Von den in Rechnung gestellten Krankengeldern, im Betrage von M. 2 432 599.32, wurden an die Mitglieder M. 2 289 716.73, an die Angehörigen derselben M. 2078.60 und an die Krankenanstalten M. 140 803.99 gezahlt.

Vereinnahmt wurden in den zwei Jahren an Beiträgen inkl. der Extrasteuern M. 3 060 237.20, demnach mußte dem Reservefonds die Summe von M. 306 023.72 überwiesen werden, demselben sind aber in Wirklichkeit M. 332 706.01 zugeführt worden, mithin mehr M. 26 682.29. Der noch zu deckende Fehlbetrag aus den Jahren 1885 und 1886 belief sich auf M. 43 911.36, von welchem die erstere Summe in Abzug zu bringen ist; es muß also zur völligen Ergänzung der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklage zum Reservefonds in diesem Jahre (außer den bekannten 10 Prozent) demselben noch die Summe von M. 17 229.07 zugeschrieben werden. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß dieses, ohne besondere Bestimmungen zu treffen, geschehen kann.

In der über diesen Bericht gepflogenen Debatte werden namentlich vielfach Klagen und Wünsche laut über noch häufig vorkommende mangelhafte Kassensführung in einzelnen Zahlstellen. Die von der Kassenprüfungskommission beantragte Dechargerteilung wird von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

Die vierte Sitzung eröffnet Herr Ritter Nachmittags 4 Uhr. In dieser handelte es sich hauptsächlich um Namen und Sitz der Kasse. Ein näherer Bericht fehlt uns noch, doch können wir das Endergebnat der in dieser sowie in der fünften Sitzung hierüber geführten Debatten mittheilen. Dasselbe bestand in dem mit 69 gegen 5 Stimmen gefaßten Beschlusse, den Sitz der Kasse in Hamburg zu belassen.

Bereine und Versammlungen.

Braunschweig. Um den Kollegen Deutschlands einen weiteren Bericht über den Stand unserer Bewegung zu geben, wollen wir hauptsächlich über den Verlauf der letzten am 28. Juni abgehaltenen öffentlichen Tischler-Versammlung berichten. Dieselbe war sehr zahlreich besucht, was ein Beweis ist, welches rege Interesse die Kollegen Braunschweigs an unserer Bewegung haben. Zu dieser Versammlung war auch Kollege Klopff aus Stuttgart anwesend. Zuerst berichtet Kollege Sentz über den Stand unserer Bewegung und theilt unter Anderem mit, daß derselbe nur ein guter zu nennen sei, daß noch keine Ueberläufer zu verzeichnen, dahingegen noch mehrere Kollegen zu uns übergegangen sind. Unsere Forderung haben bis jetzt 26 Meister mit circa 70 Gesellen bewilligt. Es wurde zu diesem Punkt folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung beschließt: Da die Forderung der Unterschrift der Meister nur gestellt wurde, weil einige Meister, trotz erfolgter Zusage, solche in Uebrede stellten, kann von der Unterschrift in Zukunft abgesehen werden, sofern die mündliche Zusage in Gegenwart von mindestens zwei Kommissionsmitgliedern und zwei Gesellen der betreffenden Werkstätte erfolgt.“ Nachdem mehrere Redner, darunter auch Kollege Klopff, sich für diese Resolution ausgesprochen, wurde sie angenommen. Zum zweiten Punkt: „Die Unterstützungsfrage“, wurde beschlossen, dieselbe Unterstützung wie bisher zu zahlen, jedoch mit dem Zusatz, daß die Frauen der abgereisten Kollegen eine wöchentliche Unterstützung von M. 5 erhalten sollen, ebenso auch Kollegen in dringenden Nothfällen einen Mietzuschuß. Zum dritten Punkt: „Die Organisation der deutschen Tischler“, referirte Kollege Klopff. Derselbe hielt uns einen interessanten Vortrag über die Entwicklung des Handwerks von den ersten Anfängen bis zur Jetztzeit. Um die sich immer mehr entwickelnde Macht des Kapitals zu bekämpfen, sei eine stramme Organisation aller Arbeiter nöthig. Daß dieser Organisation von Seiten der Regierung und Behörden so viele Hindernisse entgegengesetzt würden, sei bedauerlich, weil ungerecht. So sei zum Beispiel die Verwaltungsstelle des Deutschen Tischlerverbandes in Braunschweig unter das Versicherungsgesetz gestellt und verboten worden, trotzdem verschiedene Gerichtshöfe, und darunter auch der höchste preussische, entschieden hätten, daß der Deutsche Tischlerverband keine Versicherungsanstalt sei. Hoffentlich werde auch hier sehr bald von dem ordentlichen Richter ein gleiches Urtheil gesprochen werden. Redner forderte die Braunschweiger Kollegen deshalb auf, bis zu diesem Entschiede eine stramme Lokalorganisation zu gründen, damit das durch den Kampf Errungene nicht wieder verloren gehe.

Berichtigung. In Nr. 25 dieses Blattes: Bericht von Braunschweig über Kollegen Ziesdorf soll es nicht heißen 13 Wochen, sondern ja, acht Wochen, und nicht Tag der Niederlegung, sondern Tag der Kundigung. Die Kommission. J. A. D. Str.

**Lübeck.** Wie den Kollegen Deutschlands bekannt, befinden wir uns seit dem 1. April im Streik. Derselbe ist bis heute von beiden Seiten mit aller Energie geführt worden und ist ein Ende auch leider noch nicht abzusehen, da wir gewillt sind auszuhalten, bis der Sieg voll und ganz auf unserer Seite ist. Den Kampf haben wir heute nur noch mit der Innung zu führen. Die Halsstarrigkeit derselben ist so groß, daß deren Mitglieder lieber zu Grunde gehen, als nachzugeben. Einer der Herren hat bereits seine Wänte und Werkzeug verkauft und das Weite gesucht. Derselbe hat auch erzählt, daß der Obermeister erklärt habe, er wäre Bankrott auf alle Fälle, wenn er die Gesellenforderungen bewillige und auch wenn er sie nicht bewillige. Er wählte darum das Letztere. Verhält es sich mit dem Obermeister so, dann trägt er die Schuld selber und nicht sie nicht den „unverschämten“ Gesellen in die Schuhe schieben können, denn daß den Geschäftsinhabern, welche unsere Forderungen bewilligt haben, einer dieserhalb Bankrott gegangen sei, oder gehen müsse, davon hat Niemand etwas gehört. Da gegen dürfte dies noch Manchem von den Innungshelben passieren, die nichts bewilligt haben. Auf Hilfe und Beistand hat da Keiner beim Andern zu rechnen. Im Gegentheil, nur schadenfrohes Lachen bekommt Jeder von seinen Konkurrenten zu hören, der zu Grunde geht, ob das insolge einer Lohnbewegung, oder aus anderen Ursachen geschieht, bleibt sich gleich. Bei diesen Leuten befindet sich eben der Konkurrenzneid an Stelle des Solidaritätsgefühls, welches bei den Arbeitern aller Branchen vorhanden, das sich so oft betätigt, auch jetzt bei unserem Kampfe, und an das wir hiermit abermals appellieren. Da die deutschen Kollegen durch ihre thätkräftige Hilfe uns bisher in den Stand gesetzt, allen Anforderungen zu genügen, hoffen wir, daß dies auch noch ferner geschehen wird. Wir hoffen um so mehr, daß wir nicht verlassen werden, da wir auch stets allen in ähnlicher Lage befindlichen hilfsbedürftigen Kollegen stets zur Seite gestanden haben und es künftig ebenso halten werden. Vor allen Dingen ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten.

**Die Lohnkommission der Tischer Lübeck.**

**Bernburg.** Nach kurzem aber heftigem Kampfe ist es gelungen, unsere Forderungen, 28 1/2 Mindestlohn pro Stunde und zehnstündige Arbeitszeit, durchzusetzen. Anfangs sträubten sich die Herren Meister, gar gewollig, ja, in der im Mai abgehaltenen Meisterversammlung (eine Tischlerinnung besteht hier nicht) wurde eine Resolution einstimmig angenommen, niemals diese „unverschämten“ Forderungen der Gesellen zu bewilligen. Man stützte sich darauf, daß der Fachverein bereits vor zwei Jahren polizeilich aufgelöst sei, daß ferner zweimal die Errichtung einer Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes durch polizeiliches Verbot unmöglich gemacht wurde, daß die Tischlergesellen also hier keinen Zusammenhalt hätten und die Bewegung nur das Werk einiger „Heter“ sei. Aber die Herren Meister hatten die Rechnung — ohne Ueberlegung gemacht. Die darauf folgenden öffentlichen Versammlungen bewiesen, daß, trotzdem die Organisation der Form nach unmöglich gemacht ist, doch die Kollegen hier zusammenhalten können. Da in diesem Sommer die Bauhätigkeit eine sehr große ist und 21 Kollegen sofort abreisen, so saßen die Meister in der Patzche, und dieselben Meister, die 14 Tage früher einstimmig beschloßen hatten, niemals die „unverschämten“ Forderungen der Gesellen zu bewilligen, theilten nun der Streikkommission durch Namensunterschrift mit, daß sie diese Forderungen anerkennen wollten. Wir erklärten somit den Streik für beendet. Es wird uns nun vielleicht der Vorwurf treffen, daß wir, entgegen dem Beschlusse des Braunschweiger Kongresses, auf eigene Faust eine Lohnbewegung unternommen haben. Wenn man aber bedenkt, daß bis jetzt von circa 40 Tischlern höchstens acht dem Verbands als Einzel-Mitglieder angehörten, daß trotz aller Mühe die Kollegen — von der Vergnügungs- und Gesangsvereinsduselei nicht abzubringen waren, dann wird wohl zugestanden werden müssen, daß unsere Vorgehen gerechtfertigt erscheint. Hoffentlich haben wir durch unsere Bewegung noch mit erreicht, daß die Kollegen mit der Arbeiterbewegung bekannt werden und sich mit ernstlichen Dingen als mit der bloßen Abhaltung von Vergnügungen beschäftigen. Die nach hier reisenden Kollegen ersuchen wir, nur unsere Herberge und unseren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Beides befindet sich im „Tischlervertehr“ (Restaurant Hösinghoff) Steinstraße 4. Die Arbeitsvermittlung geschieht an den Wochentagen von 7 1/2 — 9 1/2 Uhr Abends, Sonntags Mittags von 11 — 12 Uhr.

Mit kollegialischem Gruß

**Die Kommission der Tischer Bernburgs.**

J. A.: Johannes Schmidt.

**Schwerin, 1. Juli.** Da unser Ort der erste gewesen, der dieses Jahr in eine Lohnbewegung eingetreten ist, so sind die auswärtigen Kollegen gewiß, und zwar mit Recht,

\*) Daß die Bernburger Kollegen keine Ursache und kein Recht zu ihrer Bewegung gehabt hätten, soll damit nicht gesagt sein, wenn wir hier bemerken, daß es ein sehr gewagtes Unternehmen ist, mittelst eines Streiks die Arbeiter von der Vergnügungs- und Gesangsvereinsduselei abbringen zu wollen. Daß die Bernburger Kollegen damit so glücklich gefahren, ist recht erfreulich und ihnen von Herzen zu gedenken; möchten aber diese Aufrittungsmethode anderweitig nicht nachgeahmt wissen, denn unter zehn Fällen dürfte in neun ein solcher Ausweg sicher sein. Erst aufrütteln und organisieren, in welcher Form dies auch immer sei, und dann — wenn's anders nicht geht — streiken. Anmerk. d. Red.

neugierig, wie hier die Sache steht. Unsere Lohnbewegung begann bekanntlich mit dem Einreichen eines Zirkulars Ende Januar an sämtliche hiesige Tischlermeister. Dieses hatte zur Folge, daß der Unterzeichner desselben gemahregelt wurde, und die Folge hiervon wieder war, daß 1/2 der in der Peo'schen Werkstätte arbeitenden Kollegen die Arbeit niederlegten. Auf die Dagebliebenen legten wir mit zwei Ausnahmen keinen großen Werth, sie konnten uns nicht viel schaden; auch waren alle Versuche, dieselben zu überreden, vergeblich. Nun fanden sich aber eine Anzahl hiesiger Kollegen, die unter anderen Umständen nicht von Herrn Peo eingestellt worden wären und auch sonst nur in den dringendsten Nothfällen beschäftigt werden, welche diese Gelegenheit wahrnahmen und bei Peo in Arbeit traten. Als die Innung (darunter Herr Peo) unsere Forderungen bewilligt hätte, letztere auf sein Ehrenwort verschobene Verbesserungen, die gegen keine Leute gemachten Verbesserungen der Lohnkommission gegenüber zurück und sprach ab, eine Anzahl ihm von der Lohnkommission bestimmter Arbeiter zu entlassen. In unserer Versammlung wurde deshalb die Sperre aufgehoben und fingen auch sofort einige seiner Leute wieder an. Als jedoch die Uebrigen alle wieder kamen, da bekam jedenfalls Herr Peo Angst, daß die Fachvereiner wieder die Oberhand in seiner Werkstätte gewinnen möchten und er wies diesen zuletztgekommenen die Thür. Infolgedessen wurde die Sperre zum zweiten Male über die Werkstätte verhängt. Herr Peo machte nun wieder ernste Anstrengungen, von auswärtigen Leuten heranzuziehen, aber diese mißlangen ihm völlig. Die Werkstätte wurde aber trotzdem nach und nach besetzt und zwar von hiesigen Kollegen, die auch dem Verbands angehörten. In unserer letzten Versammlung wurde deshalb die Sperre als unwirksam aufgehoben und zwar des zu großen Indifferentismus einer Anzahl Kollegen halber. Trotzdem der Zugang nach hier ein ganz enormer war, so sind doch die Fremden gleich wieder abgereist, die Streikbrecher waren diesmal ein Theil der Schweriner Kollegen. Wir wollen es jetzt versuchen, daß wir wieder gute Kräfte in diese Werkstätte bringen, um sie wieder für uns zu erhalten. Jedenfalls wird Peo auch unter seinen „Gefreuen“ etwas aufräumen, den Anfang hat er wenigstens schon gemacht. Jetzt, nachdem diese uns den Streik illusorisch gemacht, werden sie von ihrem Arbeitgeber zum Danke dafür an die Luft gesetzt, aber als Streikbrecher wären sie immer zu gebrauchen. Bei dem partiellen Streik hat es sich auch wieder hier gezeigt, daß nur Arbeiterzeitungen die Interessen der Arbeiter vertreten; denn die hiesigen konservativen und liberalen Zeitungen nahmen unsere Versammlungsberichte, in denen von der Peo'schen Werkstätte die Rede war, nicht auf, trotzdem Versammlungsberichte mit anderen Themas aufgenommen wurden. Also, wenn man sich im Kampfe befindet, dann sind derartige Organe nicht als Waffe für uns zu gebrauchen, ja sehr häufig werden die Arbeiter noch mit Schmutz beworfen. Durch eine Denunziation des Herrn Peo sind auch zwei Verbandsmitglieder wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung in Anklagezustand versetzt. Das Amtsgericht erkannte sich nicht für zuständig und verwies die Sache an's Landgericht. — Und nun zu den Errungenschaften unserer Organisation. Trotzdem die Innung sich anfänglich sträubte, mit der so verhassten Lohnkommission zu unterhandeln, wurde sie doch durch das entschiedene Auftreten letzterer und des Obermeisters, Herrn Schw a r z dazu gezwungen. Es fand eine Unterhandlung statt, in der auf einen Theil unserer Forderungen eingegangen wurde. Bewilligt wurde: 1. Die zehnstündige Arbeitszeit. 2. Ein Minimallohn von Mk. 15; Denjenigen, die diesen Lohn und darüber schon erhielten, ein Aufschlag von 10 p. Ct. auf den bisherigen Lohn, ferner ein Aufschlag von 10 p. Ct. auf sämtliche Akkordarbeiten. 3. Die Befristung seitens der Meister hört auf. 4. Der Minimallohn resp. der höher vereinbarte Lohn muß am Schluß jeder Woche, ganz gleich, ob in Akkord oder Lohn gearbeitet wurde, ausbezahlt werden. Sonntags und nach Feiertagen wird nur in den dringendsten Nothfällen gearbeitet und zwar mit einem Aufschlag von 25 p. Ct. 5. Einführung von Lohnbüchern. 6. Die Garantie für die Einhaltung obiger Vereinbarung übernimmt die Innung. Ueber die übrigen Punkte unserer Forderungen konnte keine Einigung erzielt werden und wurden diese deshalb fallen gelassen. Wenn wir auch nicht Alles erreicht haben, was wir wünschten, so sind doch wesentliche Zugeständnisse gemacht worden. Wir haben hier einen großen Schritt vorwärts gethan, und an den hiesigen Kollegen wird es auch liegen, das Erreungene aufrecht zu erhalten. Mögen unsere Erfolge ein Sporn sein für die hiesigen Kollegen sowie für die Kollegen allerorts, weiter zu streben und zu ringen auf der eingeschlagenen Bahn ohne Bangen und Zagen, ohne Entmutigung und Verbitterung, immer unser Ziel fest im Auge behaltend und hauptsächlich für Ausbreitung unserer Organisation Sorge zu tragen.

**Im Auftrage: Günter.**

**Forzheim.** Auch hier haben sich die Kollegen aufgerafft und Forderungen an die Arbeitgeber gestellt, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse etwas aufzubessern. In einer zu dem Zwecke einberufenen Versammlung wurde beschloßen, den Arbeitgebern am 25. Juni die folgenden Forderungen zu unterbreiten: 1. Eine zehnstündige Arbeitszeit. 2. Einen Lohnaufschlag von 20 Prozent für Nachfeierabends- und Sonntagarbeit. Die jetzige Arbeitszeit ist elf Stunden. Wir glauben demnach, daß unsere Forderungen keine unverschämten sind und haben wir dieselben deswegen so gering gestellt,

weil wir hofften, die Arbeitgeber würden und könnten sie bewilligen. Die Arbeitgeber waren zu einer zu dem Zwecke einberufenen Versammlung eingeladen, aber von den circa 40 hier am Orte sich befindenden, erschienen vier, von welchen einer betonte, daß er am liebsten nur acht Stunden arbeiten ließ, wenn seine Konsumenten nur besser bezahlten. Es wurde ihm darauf erwidert, daß er doch wohl die zehnstündige Arbeitszeit bewilligen könne. Da also auf diesem Wege eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde eine Kommission von drei Personen gewählt, mit dem Auftrage, von Meister zu Meister zu gehen und sich die Unterschrift zu holen, wobei die Arbeitgeber, mit Ausnahme von dreien, unsere Forderungen unter der Bedingung anerkannten, daß sich sämtliche ihrer Kollegen dazu bereit erklärten. (Eine Ausrede, so blig. v. Brombeeren. D. Red.) Am demselben Abend hat die Meister eine Versammlung, was zufällig zu unserer Kenntniß gelangte. Wir ließen anfragen, ob unsere Kommission dort Zutritt haben könnte, was verneint wurde. Am 29. Juni fand unsererseits eine Versammlung statt, in welcher beschloßen wurde, an unseren Forderungen festzuhalten und daß am 1. Juli abermals eine Versammlung einberufen werden soll, wo über eine definitive Arbeitseinstellung entschieden werden soll. Eine Versammlung, in welcher Kollege S l o m k e sprechen sollte, wurde aufgelöst. Die Aufregung darüber war eine sehr große. Zum Schluß ersuchen wir, den Zugang von hier fernzuhalten.

**Hamburg-Altona.** Der Verbands-Vorsitzende, Kollege Carl K l o ß, sprach in voriger Woche auch hier in zwei gut besuchten Versammlungen. In Hamburg, der Republik und freien Hansestadt, in der öffentliche Versammlungen nicht stattfinden dürfen, war es eine Mitgliederversammlung des Verbandsvereins, in der Gedankt über das Thema: „Arbeitslohn und Streiks“ referirte. In Altona, wo nur dann und wann, wenn der Staat in ganz besonderer Gefahr schwebt, die öffentlichen Versammlungen verboten werden, war eine solche gestattet worden. Die Tagesordnung lautete: „Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen.“ In beiden Versammlungen erntete der Referent für seine Harburchdachten Vorträge großen Beifall. Auf die besonders interessante Altonaer Versammlung werden wir noch ausführlicher zurückkommen.

**Flensburg.** Ueber die Lage der Tischer und die Mittel zur Ausbesserung derselben sprach Kollege K l o ß am 24. Juni hier in recht gut besuchter öffentlicher Tischlerversammlung. Von einer Wiedergabe der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen nehmen wir mit Rücksicht auf den Raum d. Bl. Abstand. Als eins der oben bezeichneten Mittel wurde seitens der Versammlung auch der am 14. Juli und folgende Tage in Paris stattfindende internationale Arbeiterkongress erkannt und die Beschickung desselben beschloßen. Als Delegirter wurde einstimmig Kollege K l o ß gewählt. Zur Befestigung der in der „N. Tischer-Zeitung“ bereits erwähnten Arbeitsarten der Flensburger Tischler-Innung wurde berichtet, daß die Innung nunmehr auf die Fortleitung der Arbeitnehmenden beim zweiten Obermeister (Innungs-nachweisbureau) zwecks Stempelung der Karten verzichtet, dagegen die Uebersendung der letzteren seitens der Innungsmeister nach Einstellung von Gesellen auch ferner als wünschenswerth bezeichnet hat. In Ermägung, daß solche Mittelheilungen behufs Streichung offen gewiesener Arbeitsstellen bei jedem Nachweisbureau nothwendig seien, eine etwa beabsichtigte Kennzeichnung mißliebiger Kollegen aber auch ebenjogut in anderer für letztere unkontrollirbarer Weise erfolgen könne, nahm die Versammlung von weiterem Vorgehen in dieser Angelegenheit Abstand, nachdem noch besonders auf die Pflicht der Kollegen hingewiesen wurde, nur den Arbeitsnachweis des Fachvereins zu benutzen. Schließlich wurde von den in der Maschinenfabrik von Jepsen Sohn beschäftigten Kollegen mitgetheilt, daß dieselben um Erhöhung des Lohnes vorstellig geworden sind und, da ihnen dieselbe rundweg abgeschlagen, gewillt sind, die Arbeit zu verlassen. Da genannte Firma bedeutend niedrigere Löhne als andere gleichartige hiesige Betriebe zahlt, wurde beschloßen, über die Tischlerwerkstätte der Ersteren die Sperre zu verhängen.

**München.** Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 24 der „N. Tischer-Ztg.“, betreffend Beschickung des internationalen Arbeiterkongresses in Paris von Seiten der deutschen Tischer, kam ich heute mittheilen, daß wir in München mit den Ausführungen desselben vollkommen einverstanden sind. Es hat sich erfreulicherweise hier das Bedürfnis geltend gemacht, sich auch um das zu kümmern, was außerhalb der gewöhnlichen Sphäre liegt. Um nun nicht die Letzten zu sein, die ihre Zustimmung zur Beschickung des Kongresses geben, sollte am Freitag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im „Kreuzbräu“ eine öffentliche Schreiner-Versammlung mit bezüglicher Tagesordnung stattfinden. Schöner Gedanke, aber es kam anders! Unsere Wohlthäter enthof uns der Sorge, indem sie die Versammlung am 26. d. M. verbot und zwar: „Nach den einschlägigen Erfahrungen steht zu erwarten, daß es sich auf diesem Kongress um Ababnung von Verbindungen handelt (vgl. Art. 17 des Danerischen Vereinsgesetzes v. 26. Febr. 1850), und auf Grund gleicher Erfahrungen ist nicht zu bezweifeln, daß hierbei umstürzlerische Bestrebungen zu Tage treten.“ Die Versammlung wurde demgemäß in Anwendung des § 9 Abs. 2 des Sozialistengesetzes verboten.

So ungefähr der Entscheid. Wir bedauern aufrichtig, durch diesen Beschluß in die Lage, uns ganz passiv verhalten zu müssen, verlegt zu sein. Hoffentlich lassen sich die übrigen Kollegen Deutschlands dadurch nicht abschrecken, wenn die Münchener ihren Theil nicht dazu



